

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Christa Naaß, Martin Güll, Diana Stachowitz, Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Florian Ritter, Dr. Simone Strohmayer, Reinhold Strobl, Dr. Thomas Beyer, Johanna Werner-Muggendorfer, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

Wiederbesetzungssperre zurücknehmen – Beschäftigte im öffentlichen Dienst bezahlen das Landesbank-Desaster

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Wiederbesetzungssperre zurückzunehmen, sowie auf die angekündigten ungerechten Kürzungsmaßnahmen, die die Beschäftigten im öffentlichen Dienst betreffen, zu verzichten. Insbesondere die Kürzung der Wegstreckenentschädigung, die Absenkung der Eingangsbesoldung und die Kappung der Jubiläumszulagen sind sozial ungerecht, wirken demotivierend und führen zu Nachwuchsproblemen.

Begründung:

Die angekündigten Kürzungsmaßnahmen, die die Beschäftigten im öffentlichen Dienst betreffen, entsprechen der Größenordnung des Betrags, den der Freistaat Bayern Jahr für Jahr für das Landesbank-Desaster aufbringen muss. Die Staatsregierung reagiert auf das von der CSU verursachte Landesbankdesaster mit u. E. sozial ungerechten, demotivierend wirkenden und zu Nachwuchsproblemen führenden Kürzungen im Bereich des öffentlichen Dienstes.

Es kann nicht sein, dass zum Beispiel ein junger Polizist in München mit noch geringeren Bezügen als gegenwärtig seinen Lebensunterhalt und den seiner Familie in Zukunft bestreiten soll. Genauso richtet die Streichung des Jubiläumsgelds nach beispielsweise 25, 40 oder sogar 50 Dienstjahren einen Demotivationsflurschaden bei denen an, die ihren Dienst für die Menschen im Freistaat verrichtet haben.